

Deutsch-Amerikanisches-Volksfest fällt erneut aus: Politische Ignoranz gefährdet Schausteller

Der Untergang der Clubkultur in Berlin macht auch vor den Schaustellern nicht Halt. Jetzt wurde das „Deutsch-Amerikanische-Volksfest“ bereits zum zweiten Mal in Folge abgesagt, weil sich in der Stadt kein Platz für die Traditionsveranstaltung finden lässt und der um Unterstützung bei der Suche angerufene Senat von Berlin die Hilferufe ignoriert. „Wir fühlen uns ausgegrenzt und als Menschen zweiter Klasse behandelt“, beklagt sich Veranstalter Thilo-Harry Wollenschlaeger, der bereits in fünfter Generation Berlinern und Gästen der Stadt „Freizeit zum Vergnügen“ bereitet. Für ihn ist die Situation des „Deutsch-Amerikanischen-Volksfestes“ nicht nur symptomatisch für den Umgang der Politik mit der Schaustellerbranche, sondern mit dem gesamten unabhängigen Kulturbetrieb Berlins.

„Wir erleben leider immer wieder, dass der Senat seiner Verpflichtung zur „Daseinsvorsorge“ für diesen Wirtschaftszweig nicht gerecht wird“, kritisiert Wollenschlaeger. „Da es nun auch Szene-Clubs trifft, scheinen einige Politiker aufzuwachen.“ Aber das Problem sei weitreichender und beschränke sich nicht allein auf die Clubkultur, erläutert der Unternehmer. „Wir müssen endlich begreifen, dass unsere Stadt durch ihre gesamte kulturelle Vielfalt lebt. Dazu gehören neben den städtischen Kulturbetrieben auch freie Bühnen, Clubs, Künstlerkollektive und eben auch die Schausteller mit ihren Volksfesten.“

Für den Organisator so erfolgreicher Veranstaltungen wie der „Britzer Baumblüte“, den „Neuköllner Maientagen“ oder dem „Spandauer Weihnachtstraum“ geht es bei der Platzsuche für das Deutsch-Amerikanische-Volksfest auch um die „Bewahrung eines kulturellen Erbes“. Dabei stelle sich zudem die Frage nach einem „Bekenntnis der Politik und Gesellschaft zur historischen Verbundenheit zwischen Berlinern und ihren Befreiern vom Faschismus, aus der sich viele Freundschaften und sogar Lebenspartnerschaften zwischen Deutschen und Amerikanern entwickelt haben“.

Wollenschlaeger wünscht sich einen offenen Dialog und durchsetzungsstarke Politiker. Es gehe nicht an, dass sich z.B. ein Stadtrat für ein Volksfest ausspricht, aber eine nachgeordnete Dienststellenleitung die Entscheidungshoheit für sich reklamiert. Oder dass auf dem ehemaligen Flughafen Tempelhof mit einem Millionenetat aus Steuergeldern Feste finanziert werden, zu denen Schausteller aus weit entfernten deutschen Städten eingeladen werden, Schaustellern aus Berlin und Brandenburg aber eine Teilnahme verweigert wird. „Hier muss sich dringend einiges ändern“, fordert Wollenschlaeger.

Thilo-Harry Wollenschlaeger spürt auch Ressentiments gegenüber den Menschen seiner Branche: „Teile unserer Gesellschaft, und dazu gehören auch Politiker, sehen in uns Schaustellern immer noch ein fahrendes Volk von Tagelöhnern. Aber wir sind Unternehmer, denen Banken vertrauen und die uns Millionenkredite gewähren. Wir investieren in hochmoderne Karussells und Bahnen, um Menschen eine Freude zu bereiten und damit unserer Gesellschaft einen kulturellen Anker im Alltag zu bieten.“